



Rede des Kämmersers Maximilian Tuma zur Einbringung des Haushaltes 2026 in der Sitzung des Rates der Stadt Marienmünster am 11.02.2026

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
dies ist mein erster Haushaltsplan als Kämmerner.

Normalerweise sagt man, der erste Eindruck zählt – in diesem Fall zählt leider vor allem das Ergebnis.

Mit der heutigen Einbringung des Haushaltsplans 2026 legen wir Ihnen keinen Wunschkatalog vor, sondern einen realistischen finanzpolitischen Rahmen für das kommende Jahr.

Der Haushalt zeigt, was unter den gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist – und macht zugleich deutlich, wo die Grenzen inzwischen verlaufen.

Der Haushaltsplan 2026 steht unter deutlich schwierigeren Vorzeichen als noch vor einigen Jahren. Die finanziellen Spielräume werden enger, die Anforderungen an eine verantwortungsvolle Steuerung gleichzeitig größer. Ziel bleibt es, auch unter diesen Bedingungen handlungsfähig zu bleiben und klare Prioritäten zu setzen.

Wie angespannt die Lage ist, zeigt sich zunächst im Ergebnisplan.

Der Ergebnisplan 2026 weist einen Fehlbetrag von rund 1,7 Millionen Euro aus. In dieser Zahl ist der globale Minderaufwand in Höhe von 347.300 Euro, also zwei Prozent der ordentlichen Aufwendungen, bereits berücksichtigt. Der Haushaltsausgleich gelingt damit erneut nur fiktiv durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage.

Der Haushaltsausgleich gelingt somit formal, inhaltlich bleibt er aber problematisch. Die Ausgleichsrücklage beträgt zu Beginn des Jahres 2026 knapp 5 Millionen Euro. Für das laufende Jahr ist eine Entnahme in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Die allgemeine Rücklage bleibt mit rund 15,4 Millionen Euro unverändert. Bei unveränderten Rahmenbedingungen ist jedoch absehbar, dass die Ausgleichsrücklage ab dem Jahr 2030 aufgebraucht sein wird.

Ein wesentlicher Einflussfaktor auf diese Entwicklung sind die Zuweisungen, die wir erhalten.

Die Schlüsselzuweisungen steigen im Jahr 2026 zwar um rund 200.000 Euro auf insgesamt 2,04 Millionen Euro. Das ist kurzfristig entlastend, ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Problematik. Die Entwicklung ist stark von systembedingten Effekten abhängig und bietet keine verlässliche strukturelle Stabilität für die kommunalen Haushalte.

Neben den Zuweisungen sind die eigenen Steuereinnahmen der zweite zentrale Baustein auf der Ertragsseite.

Für die Gewerbesteuer ist im Jahr 2026 ein Ansatz von 2,47 Millionen Euro vorgesehen. Das entspricht einem Rückgang von rund 200.000 Euro gegenüber dem Vorjahr und ist Ausdruck der weiterhin angespannten konjunkturellen Lage. Die Einnahmen aus der Grundsteuer sowie die Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer bleiben dagegen weitgehend stabil.

Vor diesem Hintergrund ist ein Blick auf die kommunale Steuerpolitik besonders wichtig.

Die Hebesätze bei der Grundsteuer A und B sowie bei der Gewerbesteuer bleiben auch im Jahr 2026 unverändert. Ebenso bleiben die Wasser- und Kanalgebühren auf dem bisherigen Niveau. Dies ist eine bewusste Entscheidung, trotz der angespannten Haushaltslage keine zusätzlichen Belastungen für Bürgerinnen und Bürger vorzusehen. Auch die Grundsteuerreform wird weiterhin aufkommensneutral umgesetzt.

Während die Einnahmeseite nur begrenzt Spielräume bietet, zeigt sich der eigentliche Druck sehr deutlich auf der Aufwandsseite.

Der Überblick über die Aufwandsstruktur macht deutlich, dass insbesondere die Transfer- und Personalaufwendungen den Haushalt prägen. Die Spielräume bei den Sachaufwendungen sind bereits seit Jahren sehr gering. Dennoch handelt es sich hierbei um notwendige Aufwendungen, um den fortschreitenden Sanierungsstau an der kommunalen Infrastruktur nicht weiter zu vergrößern.

Besonders hervorzuheben sind dabei die Transferaufwendungen.

Die Transferaufwendungen steigen im Jahr 2026 auf insgesamt rund 6,575 Millionen Euro. Davon entfallen rund 3,14 Millionen Euro auf die Kreisumlage und rund 2,42 Millionen Euro auf die Jugendamtsumlage. Diese Positionen stellen den größten Kostenblock im Haushalt dar. Im Vergleich zum Jahr 2025 erhöht sich die Allgemeine Umlage um rund 9 Prozent, die Jugendamtsumlage um rund 5 Prozent. Ihre Dynamik liegt weitgehend außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs der Stadt Marienmünster und verdeutlicht die strukturellen Herausforderungen des bestehenden Umlagesystems.

Ergänzend dazu ein kurzer Blick auf die Gesamtstruktur der größten Aufwandsposten.

Die Personalaufwendungen sinken im Jahr 2026 leicht auf rund 4,9 Millionen Euro. Dies ist Ergebnis einer weiterhin sehr restriktiven Stellenbewirtschaftung. Die Sachaufwendungen bewegen sich auf einem etwas höherem Niveau als in den Vorjahren. Die Zusammensetzung und Belastung durch die Transferleistungen habe ich ja gerade schon erläutert. Die Abschreibungen bilden den fortschreitenden Werteverzehr der kommunalen Infrastruktur ab und machen deutlich, dass Investitionen in deren Erhalt notwendig bleiben.

Ein weiteres zentrales Thema, das sich aus diesen Entwicklungen ergibt, ist die Liquidität der Stadt.

Der Schuldenstand der Stadt Marienmünster beträgt zum 1. Januar 2026 rund 4,1 Millionen Euro. Für das Haushaltsjahr sind Liquiditätskredite in Höhe von 1,5 Millionen Euro sowie investive Kreditaufnahmen in Höhe von 2,4 Millionen Euro vorgesehen. Auch wenn das Schuldenniveau im Vergleich weiterhin moderat ist, bleibt festzuhalten, dass die Liquidität angespannt ist und im Jahr 2026 eine sehr sorgfältige Steuerung erforderlich macht.

Trotz dieser angespannten Rahmenbedingungen muss sich der Blick auch nach vorne richten.

Die Stadt Marienmünster investiert 2026 gezielt und priorisiert. Für das Baugebiet Bornfeld sind 370.000 Euro vorgesehen, um die städtebauliche Entwicklung weiter voranzubringen. In das Kanalnetz werden rund 350.000 Euro investiert, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Folgekosten zu vermeiden. Ebenfalls mit 350.000 Euro veranschlagt ist das Hochwasserrückhaltebecken in Bredenborn, das einen wichtigen Beitrag zum Starkregenrisikomanagement leistet und zugleich Voraussetzung für weitere Bauentwicklungen ist. Hierzu gerne in den kommenden Beratungen mehr.

Die Grundlage für Transparenz und Beratung bildet dabei die digitale Darstellung des Haushalts.

Der Haushaltsplan steht vollständig digital zur Verfügung und wird wie in den Vorjahren über den interaktiven Haushaltsplan IKVS in die Beratungen eingebracht. Die Verwaltung steht für Rückfragen und Erläuterungen jederzeit zur Verfügung.

Der Haushaltsplan 2026 ist angespannt und verlangt Disziplin. Er ist zugleich realistisch, transparent und verantwortungsvoll aufgestellt. Er zeigt deutlich, dass viele strukturelle Probleme nicht auf kommunaler Ebene lösbar sind und grundlegende Anpassungen der Gemeindefinanzierung auf Ebene von Bund und Land erforderlich bleiben.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung für die intensive Arbeit an diesem Haushaltsplan und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf die sachlichen und konstruktiven Beratungen in den kommenden Wochen.